



Pressemitteilung

Ansbach, 10. Mai 2011

Bundesregierung korrigiert sich : Katterbach-Umgehung nicht im Bedarfsplan enthalten

Verlegung der B14 um US-Kaserne - 40 Grundstücke stehen vor Enteignungsverfahren

Verursacherprinzip auf den Kopf gestellt: Army zahlt nicht – Lärmschutzkommission „zahnlos“

In der jetzt veröffentlichten Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Grünen-Fraktion im Bundestag (siehe <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/056/1705661.pdf>) musste sich das Verkehrsministerium korrigieren: Die geplante Katterbach-Umgehung ist nicht im Bedarfsplan der Bundesfernstraßen enthalten. Im Dezember war diesbzgl. noch die Rede von einer „Straße im weiteren Bedarf“. Die Bundesregierung führt aus, dass den Planungen eine Liegenschaftsanforderung der US-Armee über die Fläche der Ortsdurchfahrt Katterbach sowie ein Antrag der Bayerischen Staatsregierung, basierend auf Verkehrsprognosen der Straßenbauverwaltung des Landes, zu Grunde liegen.

In dieser Verkehrsprognose, die erst im Sommer 2011 veröffentlicht werden soll und auf Erhebungen des Staatl. Bauamt Ansbach (StBaAn) aufbaut, wird infolge der militärischen Erweiterungen in Form der Trabantentstadt am Urtas die erwarteten Verkehrszahlen offenbar so „hingerechnet“, dass die Steuerzahler allein für diese Umgehung aufkommen müssten. Bereits erfolgte Planänderungen am Urtas, etwa die Reduzierung der Wohneinheiten um 30% im ersten Bauabschnitt (Folge: weniger Verkehr), wurden hierbei nicht berücksichtigt.

Laut Bundesregierung wurde die Liegenschaftsanforderung des US-Militärs aus dem Jahr 2006 nicht weiter verfolgt wurde, da die Armee nicht bereit war, die nach Bestimmungen des NATO-Truppenstatuts ihr dann zurechenbaren Kosten einer resultierenden Umgehung der B14 zu tragen. Nun müssten nach dem Antrag der Bayerischen Staatsregierung vom Dezember 2010 diese Aufwendungen aufgrund des Straßenausbaugesetzes komplett von den Steuerzahlern übernommen werden. Der Kostenvoranschlag des StBaAn aus dem Jahr 2007 wird auf 9,0 Millionen Euro beziffert. Zum Vergleich: Der Kostenvoranschlag für den Urtas-Knoten wurde von dieser Behörde 2007 mit 2,5 Millionen Euro angegeben. Ein Jahr später war bereits von 5,0 Millionen die Rede. Die tatsächlichen Kosten der Umgehung könnten somit ebenfalls noch deutlich steigen.

Zusätzlich müsste der Bund auch die Kosten der Landbeschaffung tragen. Die Bundesregierung erwartet, dass rund 40 Grundstücke davon betroffen sein werden. Nachdem bereits Grundstückseigner ankündigten, ihr Land nicht freiwillig abgeben zu wollen, sind mehrere Enteignungsverfahren absehbar.

Der Vorstand der Bürgerinitiative (BI) „Etz langt's!“ kritisierte in seiner Stellungnahme die Umgehung als „unsinniges Verkehrsprojekt, das allein von Nutzen für das Militär ist“. Die Umfahrung würde weitere zwei Hektar Acker- und Grünflächen unter Beton verschwinden lassen und durch die Zerschneidung zahlreicher Nutzflächen landwirtschaftliche Existenzen gefährden.

Dass das Verursacherprinzip missachtet wird und die immensen Kosten den Steuerzahlern aufgebürdet werden sollen, sei „skandalös“. Man werde diesen Vorgang dem Bund der Steuerzahler vorlegen. Überdies könne es nicht sein, dass „Bürgerinnen und Bürger für eine Straße enteignet werden, die niemand in Ansbach braucht“. Der BI-Vorstand will daher in den kommenden Wochen Gespräche mit Landtagsabgeordneten führen. Ziel ist hierbei die Rücknahme des Antrags der Staatsregierung, die Katterbach-Umgehung als außerplanmäßigen Bedarf „prioritär“ einzustufen.

Lärmschutzkommission „zahnlos“

Dass die Tagung der so genannten „Lärmschutzkommission“ ergebnislos bleibt, hatte der BI-Vorstand derweil erwartet: „Ein Gremium unter Ausschluss der Öffentlichkeit sowie der Betroffenen ist zahnlos.“ Es zeige sich, dass keine Verminderung des Fluglärms angepeilt wird, sondern lediglich eine Verlagerung. Zwar sei bei der Verlegung der Südroute Brodswinden entlastet worden – allerdings auf Kosten Burgoberbachs, wo der Fluglärm deutlich zugenommen hat. Dies dokumentieren mehrere hundert Unterschriften aus der Gemeinde gegen die Lärmbelästigung. „Eine Entlastung eines Wohngebiets auf Kosten eines anderen nach dem St.-Florians-Prinzip ist Augenwischerei“, betonte die BI und regte eine engere Zusammenarbeit zwischen Stadt und Landkreiskommunen an. Dabei sei es wenig hilfreich, dass der Landrat die Hände in den Schoß lege und offenbar nicht einmal einen Vertreter in die Lärmschutzkommission entsende, kritisierte die BI. Auch die Kreisräte aus den betroffenen Gebieten sind zu mehr Engagement für eine spürbare Entlastung der Landkreisbürger vom Fluglärm aufgerufen.

Die Hoffnung auf Besserung ausgerechnet in Gespräche zwischen dem US-Kommandeur und Verteidigungsstaatssekretär Christian Schmidt, der den einstimmigen Stadtratsbeschluss mit der Forderung nach einem Nachtflugverbot und Überflugverbot von Wohngebieten blockiert, zu setzen, sei nicht gerade vielversprechend, stellte der BI-Vorstand fest. Vielmehr seien jetzt verbindliche und strenge gesetzliche Vorgaben zur Eindämmung des Fluglärms und zur Reduzierung der Kampfhubschrauber in Ansbach von Nöten. Die Linksfraktion im Bundestag hat hierzu einen [Antrag](#) zum Schutz vor Fluglärm eingebracht, über den voraussichtlich Anfang Juli im Parlament abgestimmt werden soll.

gez. Boris-André Meyer, Pressesprecher